

https://de.ioam.de/tx.io?st=aerztebl&np=Nachricht_Politik_logged_out&mo=0

[aerzteblatt.de](https://www.aerzteblatt.de)

Politik

Gesundheitswirtschaft wächst weiter

Freitag, 10. Mai 2019



/Ivan Traimak, stockadobecom

Berlin – Die Gesundheitswirtschaft in Deutschland hat im vergangenen Jahr fast 370 Milliarden Euro erwirtschaftet. Das sind rund zwölf Prozent der deutschen Bruttowertschöpfung, wie aus neuen [Daten der Gesundheitswirtschaftlichen Gesamtrechnung \(GGR\)](#) für 2018 hervorgeht, die das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) kürzlich veröffentlichte.

BMWi-Staatssekretärin Claudia Dörr-Voß sprach von einem „Wachstumstreiber und Jobmotor für Deutschland“. „Die Gesundheitswirtschaft leistet einen erheblichen Anteil zur soliden wirtschaftlichen Lage in Deutschland und zählt damit inzwischen zu den wichtigsten Branchen unserer Volkswirtschaft“, sagte sie.

Den Zahlen zufolge ist die Gesundheitswirtschaft in den vergangenen zehn Jahren mit 4,1 Prozent pro Jahr stärker gewachsen als die deutsche Volkswirtschaft insgesamt (+2,8 Prozent). Auch die Beschäftigtenzahlen haben sich besser entwickelt als im Durchschnitt der deutschen Wirtschaft. Mittlerweile arbeiten in der Gesundheitswirtschaft 7,6 Millionen Menschen, also jeder sechste Erwerbstätige.

Dem BMWi zufolge kommt es nun in den kommenden Jahren darauf an, dass die Unternehmen die Chancen der Digitalisierung nutzen. Diesen Prozess unterstütze das Ministerium mit seinen Förderprogrammen für den Mittelstand.

Um den Beitrag der Gesundheitswirtschaft zur Wirtschaftsleistung Deutschlands zu bemessen, hat das BMWi vor einigen Jahren die GGR entwickeln und seitdem regelmäßig aktualisieren lassen. Die GGR ermöglicht es, die Wirtschaftsleistung der Gesundheitswirtschaft aufzuzeigen und mit anderen Branchen zu vergleichen, was auf Basis der Daten aus der amtlichen Statistik nicht unmittelbar möglich ist.

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) mahnte angesichts des GGR mehr Engagement und mehr Fördermittel an. „Die Bundesregierung muss Innovationen im Gesundheitswesen stärker fördern. Sonst droht Deutschland zum Forschungsstandort zweiter Wahl zu werden“, sagte Iris Plöger, Mitglied der BDI-Hauptgeschäftsführung.

Plöger zufolge verliert die deutsche Gesundheitsforschung bei digitalen Zukunftstechnologien den Anschluss. „Auf Deutschland entfallen lediglich 0,5 Prozent der globalen Investitionen in Digital Health, verglichen mit 75 Prozent in den USA. Wenn die Forschungsinvestitionen durch die Bundesregierung nicht steigen, besteht die Gefahr, dass Know-how ins Ausland wandert“, mahnte sie. Dort gebe es bessere Rahmenbedingungen wie etwa steuerliche Erleichterungen für forschende Unternehmen.

Sie verlangte auch, dass Gesundheitsdaten stärker zu Forschungszwecken nutzbar sein müssen. Nur so ließen sich neue Erkenntnisse über die Gesundheit der Bevölkerung, unterschiedliche Erkrankungen und Behandlungsmethoden gewinnen. „Derzeit erschwert es die Umsetzung der EU-Datenschutz-Grundverordnung, Erkenntnisse und Gesundheitsdaten auf Bundesebene zusammenzufassen“, sagte Plöger. Die Bundesregierung sei gefragt, um mit den Bundesländern einheitliche Regelungen für den Datenschutz zu koordinieren. © *may/EB/aerzteblatt.de*